

Öffentliche Sitzung

Protokoll Nr.:	01/2024
Sitzung:	Gemeinderat
Datum:	30.01.2024
Zeit:	19:00 Uhr – 20:20 Uhr
Ort:	Ratssaal im Rathaus, Bahnhofstraße 54
Vorsitz:	Bürgermeister Volk
Mitglieder anwesend:	<u>Grüne</u> Stadträtinnen Groesser, Schlüchtermann und Dr. Welter (ab 19.50 Uhr) Stadträte Konrad und Schmitz <u>FW</u> Stadträtinnen Erles und Streib Stadträte Rehberger, Dr. Rothe und Wachert <u>CDU</u> Stadträtin Oppelt Stadträte Bernauer, Meyer, Schendzielorz und Wagner <u>SPD</u> Stadträtinnen Linier und Striegel Stadträte Bergsträsser, Hertel, Hornung und Schimpf <u>Linke</u> Stadtrat La Licata <u>Ohne Fraktionszugehörigkeit</u> Stadtrat Fritsch <u>Stv. Ortsvorsteherin Dilsberg</u> Nohe-Weinert
weiter anwesend:	Petra Polte (FB 1) Jan Seidel (FB 5)
Mitglieder entschuldigt:	Stadträtinnen Weber und Weichert Stadträte Katzenstein und Scholl Ortsvorsteher Erles
Urkundspersonen:	Stadträtin Oppelt und Stadtrat La Licata
Sachvortrag:	
Schriftführerin:	Frau Gruneberg

Der Bürgermeister eröffnet die öffentliche Sitzung um 19:00 Uhr, begrüßt die anwesenden Gemeinderäte und Besucher, wünscht allen, die er seit Beginn des Jahres noch nicht gesehen hat, ein Gutes Neues Jahr und leitet zur Bürgerfragestunde über.

Bürgerfragestunde

Der Bürgermeister verweist eingangs auf die Regeln zur Bürgerfragestunde, wie sie in der Geschäftsordnung des Gemeinderates festgelegt sind: Höchstdauer der Fragestunde 30 Minuten. Jede Bürgerin bzw. Bürger kann zwei Fragen oder Vorschläge äußern, jeweils drei Minuten Redezeit.

Ein Neckargemünder Bürger nimmt Bezug auf den Artikel in der RNZ vom Samstag zum Sachverhalt „Am Felsenberg/Lammerskopf“ und den Rodungsinseln. Er habe seine Ausführungen dazu bekanntlich bereits dem Bürgermeister und dem Gremium schriftlich mitgeteilt und seine Ausführungen würden stimmen.

Der Bürgermeister sagt, dass es hier doch erhebliche Zweifel gäbe.

Der Bürger widerspricht. Er wolle auch noch einen Termin mit dem Bürgermeister vereinbaren, aber hier jetzt zunächst den Punkt „FFH-Gebiet“ besprechen.

Der Bürgermeister weist darauf hin, dass in der Bürgerfragestunde Fragen gestellt werden könnten und diese würden beantwortet. Es sei keine Diskussionsrunde.

Der Bürger verweist auf seine ausgeteilte Karte. Der Bürgermeister habe gesagt, das Grundstück sei kein FFH-Gebiet. In seiner Karte sei der Felsenberg als SPA (special protected area) aufgeführt, daher sei der Felsenberg FFH-Gebiet. Warum sähe das der Bürgermeister anders?

Der Bürgermeister entgegnet, dass der Bürger das Gebiet der Landes Baden-Württemberg betrachte. Bei der Entscheidung des Neckargemünder Gemeinderates zum Windpark Lammerskopf ginge es aber nur um das Neckargemünder Grundstück, das der Gemeinderat überlege, einzubringen. Beim Neckargemünder Grundstück sei ein Randstreifen FFH Gebiet, der Großteil aber nicht. Falls tatsächlich ein Windrad auf dem Neckargemünder Grundstück komme, dann stehe dieses definitiv nicht im FFH-Gebiet. Zur Verdeutlichung erläutert der Bürgermeister die Sachlage auf einer an die Wand projizierten LUBW-Landkarte.

Der Bürger verweist abermals auf die SPA.

Der Bürgermeister bittet ihn darum, zu Hause die Karte zu googlen und sich den Sachverhalt nochmals anzuschauen. Außerdem verweist er darauf, dass der Gemeinderat in seiner Sitzung im letzten Dezember beschlossen hatte, das Gebiet untersuchen zu lassen.

Stadtrat Dr. Rothe weist darauf hin, dass die Begrifflichkeit zum Missverständnis geführt habe. Es gehe hier nicht um das Grundstück Am Felsenberg.

Der Bürger fragt nach den Rodungsinseln.

Der Bürgermeister informiert, dass man hier im Kontakt mit den Förstern, dem BUND und zahlreichen Akteuren sei. Man sähe diese gut und die Stadtwerke hätten signalisiert, dass sie sich diese besonders ansehen würden.

Der Bürger sagt, dass in letzter Zeit 1.000 Buchen gefällt und weggefahren worden seien. Das habe auch Herr Robens bestätigt. Der halbe Wald!

Der Bürgermeister bittet den Bürger darum, sachlich zu bleiben. Es ständen eine halbe Millionen Bäume im Neckargemünder Wald, die Förster leisteten sehr gute Arbeit und wenn Bäume gefällt würden, dann seien dies genehmigte Hiebssätze. Der Bürger möge dies nicht in einen Kontext mit dem Windpark Lammerskopf bringen.

Der Bürger meint, Herr Robens hätte gesagt, dass er Waldpflege mache und er habe die Zahl 1.000 bestätigt.

Der Bürgermeister sagt, dass im Gebiet von Forst BW Rodungsinseln seien. Grundsätzlich kommentiere er keine Presseartikel, denn da hätte er viel zu tun. Er bittet den Bürger erneut, einen Termin mit ihm zu vereinbaren.

Ein Dilsberger Bürger spricht ein Lob an den Bauhof für den Winterdienst aus, Richtung Heidelberg sähe es anders aus. Beim Radweg sei an der Böschung jetzt allerdings Gehölz entfernt, und dieses direkt dort, wo die Gärtnerei Osterglocken gesetzt habe, abgelagert worden. Zudem sei auch noch ein Bagger über die Osterglocken gefahren. Es bemängelt derartige Betriebsblindheit.

Der Bürgermeister sagt zu, diese Kritik an den Kreis weiterzugeben.

Weiterhin informiert der Bürger, dass die vom Landkreis beauftragten Mitarbeiter beim Reinigen der Einläufe die Körbe einfach in die Gegend auskippten.

Der Bürgermeister sagt, dass die Leerung von einem privaten Abfuhrunternehmen ausgeführt werde.

Der Bürger stellt außerdem fest, dass die Böschung im Bereich „Am Mühlwald 38“ auf einem Streifen von zehn Metern „abhau“e. Beim Regen sei Wasser reingespült worden, der Bauhof hätte auffüllen sollen, aber es ständen nur zwei Baken zur Verkehrssicherung dort.

Der Bürgermeister bestätigt, dass dies wohl die größte Baustelle des Jahres werde. Man beobachte die Lage aktuell, es sei leider eine Strecke von rund 20 m betroffen, womöglich müsse auch ein Durchfahrtsverbot für schwerere Fahrzeuge kommen. Der Sachverhalt habe höchste Priorität, mit Genehmigung des Haushaltes und wenn die Witterung es zuließe, werde man handeln.

Der Bürger berichtet außerdem vom Putztag im vergangenen Jahr. Damals schon habe sich die Omnibusbucht in Richtung Neckar gesenkt.

Der Bürgermeister sagt zu, dies weiterzugeben.

Herr Seidel informiert, dass man mit Asphalt, nicht mit Beton, auffüllen müsse, L-Steine und viele weitere technische Details wären von Nöten.

Der Bürgermeister bekräftigt, dass aufgrund der aktuellen Witterung mit Minusgraden nicht gestartet werden könne.

Die Bürgerfragestunde endet um 19.25 Uhr.

1: **Vorlage und Kenntnisnahme des Protokolls Nr. 13/2023 vom 19.12.2023**

1.1: **Sachvortrag:**

Das Protokoll liegt den Stadträten im Wortlaut vor.

1.2: **Beratung:**

Stadtrat Schimpf stellt fest, dass Stadtrat Fritsch bei seiner Aussage auf Seite 28 bestimmt den BUND gemeint habe, statt „BND“.

Der Bürgermeister verweist auf den Kontext und den weiteren Verlauf der Diskussion sowie die Tatsache, dass er seinerzeit der Aussage widersprochen habe. Stadtrat Fritsch habe wohl den BUND gemeint, aber es gelte das gesprochene Wort.

Stadtrat Fritsch bekräftigt, dass er den BUND gemeint habe.

Dies soll als Vermerk im Protokoll ergänzt werden.

1.3: **Beschluss:**

Das Protokoll wird von den beiden Urkundspersonen unterzeichnet und vom Gemeinderat zur Kenntnis genommen. Der Vermerk zur Aussage von Stadtrat Fritsch wird ergänzt.

2: **Vorlage und Bekanntgabe der in nichtöffentlicher Sitzung am 19.12.2023 gefassten Beschlüsse**

2.1: **Sachvortrag:**

Die Vorlage des FB 1 – Hauptverwaltung ist dem Original-Protokoll als Anlage beigelegt. Der Bürgermeister liest die Beschlüsse vor.

2.2: **Beratung:**

Es gibt keine Wortmeldungen.

2.3: **Beschluss:**

1.Vorlage und Kenntnisnahme des Protokolls Nr. 12/2023 vom 28.11.2023

Das Protokoll wird von einer Urkundsperson unterzeichnet und vom Gemeinderat zur Kenntnis genommen. Die Unterschrift der zweiten Urkundsperson, für die heutige Sitzung entschuldigt, ist nachzuholen.

2.Informationen über die 83. Sitzung des Aufsichtsrats der Stadtwerke Neckargemünd GmbH am 25.10.2023

Ein Beschluss des Gemeinderats ist nicht erforderlich. Der Gemeinderat nimmt die Informationen über die Aufsichtsratssitzung der Stadtwerke Neckargemünd GmbH zur Kenntnis.

3.1. Nachtrag zum Mietvertrag „Krone“, Bergstraße 10, 69151 Neckargemünd

Der Gemeinderat stimmt der Änderung des Mietvertrages im bezeichneten Umfang zu.

4.Personalangelegenheiten

Der Gemeinderat beschließt, die Stelle „stellvertretende Fachbereichsleitung (m/w/d) für den Fachbereich 1“ mit Herrn Malon Weiher zu besetzen:

Der Gemeinderat beschließt, die Stelle „Fachbereichsleitung (m/w/d) für den Fachbereich 5“ mit Herrn Jan Seidel zu besetzen.

3: Verlängerung des Pachtvertrags mit der S-Bar Catering GmbH & Co. KG

3.1: Sachvortrag:

Die Vorlage des FB 1 – Hauptverwaltung „Verlängerung des Pachtvertrags mit der Firma S-Bar Catering GmbH & Co. KG betreffend die Mensa am Schulzentrum Neckargemünd“ ist dem Original-Protokoll als Anlage beigefügt.

Frau Polte erläutert die Vorlage. In 2021 sei der Vertrag für zwei Jahre geschlossen, dann 2023 um ein Jahr verlängert worden. Es gäbe keine Beschwerden. In 2025 solle komplett für alle städtischen Gewerke (Schulzentrum und Kitas) neu ausgeschrieben werden. Man werde dazu ein städtisches Verpflegungskonzept unter Beteiligung des Gemeinderates erarbeiten.

Der Bürgermeister ergänzt, dass sich die S-Bar Catering GmbH im vergangenen Jahr dem Gremium vorgestellt habe.

3.2: Beratung:

Stadträtin Schlüchtermann spricht für die Fraktion der Grünen und begrüßt, dass die Schülerschaft und alle Beteiligten zufrieden seien. Gleichwohl wäre den Grünen ein regionaler Anbieter lieber gewesen. Die weite Anreise des Essens aus Nürnberg hätte man gerne vermieden. Bammental habe jetzt einen Vorstoß mit einem neuen Konzept gewagt, vielleicht ließen sich hier zukünftig Synergien nutzen und neue Ansätze im Zuge der Ganztagesbetreuung schaffen. Gerne würde man die Gewichtung der Auswahlkriterien ändern wollen. Für dieses Mal werde man aber zustimmen.

Stadtrat Rehberger signalisiert die Zustimmung der Fraktion der Freien Wähler. Er erinnert daran, dass man seinerzeit froh gewesen sei, einen Anbieter gefunden zu haben. Seine Enkeltochter habe bestätigt, dass das Essen gut sei. In 2025 werde für das Schulzentrum und die Kitas neu ausgeschrieben. Es gäbe aktuell keine Beschwerden, beim früheren Anbieter habe die Stadt immer wieder Geld zuschießen müssen. Das Essen käme einmal pro Woche aus Nürnberg und werde im Schulzentrum aufbereitet und mit frischen Zutaten ergänzt.

Stadtrat Wagner stellt fest, dass man froh sei, solch einen tollen Anbieter zu haben.

Stadtrat Hertel meint, wenn man heutzutage nichts höre, bedeute dies, dass es gut angenommen werde. Ihn interessiere, wie viele Prozent auf den Hort und die Schule entfallen. Man stimme zu, dass in 2025 gesamt neu ausgeschrieben werde. Ein lokaler Anbieter wäre toll und könne sich gerne bereits vorab melden. Es möge aber auch ein regionaler Anbieter mit regionalen Produkten sein.

Frau Polte informiert, dass 1/3 der Essen auf den Hort und 2/3 auf das Schulzentrum entfallen.

Der Bürgermeister ergänzt, dass die Zahlen des Horts konstant seien, beim Schulzentrum gäbe es Schwankungen.

Stadtrat La Licata sagt, dass er eine positive Rückmeldung zur Mittagsverpflegung erhalten habe. Er schließe sich den Wortmeldungen der Stadträte Wagner und Hertel an und werde zustimmen.

Stadtrat Fritsch signalisiert ebenfalls seine Zustimmung. Gemeinsames Essen sei wichtig für die Erziehung der Kinder.

3.3: **Beschluss:**

Der Gemeinderat beschließt einstimmig bei einer Enthaltung, den bestehenden Pachtvertrag inkl. des zugehörigen Rahmenvertrags mit der Firma S-Bar Catering GmbH & Co. KG vom 26.08.2021, betreffend die Mensa am Schulzentrum, letztmalig um ein Jahr bis zum 31.08.2025 zu verlängern.

4: **Zulassung der Ablösung eines notwendigen KFZ-Stellplatzes für die beantragte Nutzungsänderung des 1. Obergeschosses von „Saal“ und „Wohnen“ in Büroflächen auf dem Grundstück Flst. Nr. 304, 304/01, Hauptstr. 29**

4.1: **Sachvortrag:**

Die Vorlage des FB 5 ist dem Original-Protokoll als Anlage beigelegt.

Der Bürgermeister erläutert die Vorlage und informiert, dass in den vergangenen sieben Jahren kein solcher Antrag mehr zum Beschluss vorgelegen habe. Der Betrag von 7.000 € sei seit dem Jahre 2009 nicht mehr neu kalkuliert worden, daher die pauschale Erhöhung. Herr Seidel plane, neu zu kalkulieren.

4.2: **Beratung:**

Stadträtin Groesser fragt, wonach kalkuliert werde.

Stadtrat Rehberger informiert, dass man früher die Kosten eines Dauerparkplatzes im Parkhaus angesetzt habe.

Herr Seidel sagt, dass der Gemeinderat die Höhe der Ablöse festlege. Er weist auf § 37 Absatz 6 Satz 3 der LBO hin. Die Herstellungskosten für einen vergleichbaren Parkplatz könnten herangezogen werden, für den Fall, dass solche vorhanden wären. Stadtrat Konrad hinterfragt das Ziel einer Einmalzahlung. Was passiere dann? Sei man dann für immer in der Pflicht? Außerdem möchte er wissen, ob man die Zweckbindung nachweisen müsse.

Herr Seidel bestätigt, dass die Vorschrift nicht besonders der Nachhaltigkeit verpflichtet sei. Eine Stellplatzablöse gäbe es unter anderem deshalb seit einigen Jahren effektiv auch nicht mehr für Wohnungen.

Stadtrat la Licata sagt, er vertraue Herr Seidel. Dieser möge eine Neukalkulation machen.

Der Bürgermeister sagt die Neukalkulation zu. Man werde diese dem Gemeinderat dann vorlegen.

4.3: **Beschluss:**

Der Gemeinderat entscheidet einstimmig zustimmend über die Ablösung eines notwendigen KFZ-Stellplatzes gemäß § 37 Abs. 6 Landesbauordnung (LBO).

5: **Teilnahme an der Bündelausschreibung Gas 2025-2027 der Gt-Service GmbH**

5.1: **Sachvortrag:**

Die Vorlage des FB 5 ist dem Original-Protokoll als Anlage beigelegt.

Herr Seidel erläutert die Vorlage. Durch den Anteil von 10% Biogas rechne man mit einer höheren Wahrscheinlichkeit Erfolg bei der Ausschreibung zu haben.

5.2: Beratung:

Stadträtin Groesser hinterfragt den frühen Zeitpunkt der Bündelausschreibung, man sei doch noch nicht in der Weihnachtszeit.

Herr Seidel erläutert, dass es sich um ein europäisches Vergabeverfahren handle, das sich erfahrungsgemäß noch ein Dreivierteljahr hinziehen werde.

Stadtrat Konrad bezieht sich auf Aussage von Herrn Seidel, dass Lose mit 10% Biogasanteil die höchste Wahrscheinlichkeit hätten, erfolgreich zu sein. Es würde sich also definitiv lohnen, auch in die Sanierungsmaßnahmen zu kommen.

Stadtrat Rehberger sagt, dass es wichtig wäre, in ein Los zu kommen, bei dem auch wirklich eine Chance bestehe, jemanden zu finden, der Neckargemünd beliefere. Als Laie habe man das Ganze im vergangenen Jahr fast nicht verstanden. Es sei gut, wenn man nun in einem größeren Los sei. Die Situation im vergangenen Jahr sei schwierig gewesen und man hoffe, dass es dieses Jahr klappe. Eine Ausschreibung alleine sei seiner Erinnerung nach nicht möglich?

Herr Seidel bestätigt das. Die Teilnahme bei der Bündelausschreibung sei günstiger als eine alleinige Ausschreibung mit Unterstützung eines Anwalts, den man benötigen würde.

Stadtrat Bernauer möchte wissen, wie Herr Seidel die Chancen jetzt einschätzen würde.

Herr Seidel meint, dass die Chancen besser als im vergangenen Jahr seien, garantieren könne er gleichwohl nichts. Er empfehle dem Gemeinderat, dem Beschlussvorschlag zuzustimmen.

Stadtrat Bergsträsser erinnert an die gemeinsame Ausschreibung von Holz im RNK. Sei es sicher, dass das hier so nicht passiere?

Der Bürgermeister erinnert, dass es damals ums Forstkartell gegangen sei. Die Gt-Service GmbH sei ein Servicedienstleister. Dies sei rechtskonform.

Stadtrat Schmitz stellt fest, dass im vergangenen Jahr am Ende die Stadtwerke Neckargemünd den Zuschlag bekommen hätten. Dies sei allen auch recht gewesen.

Der Bürgermeister meint, dass auch die Stadtwerke Heidelberg oder Neckargemünd sich bewerben könnten. Man müsse in eine europaweite Ausschreibung gehen. Nach dem Vergaberecht könne man nicht einfach die Stadtwerke anrufen und nach einem Angebot fragen. Man solle auch bedenken, dass man jetzt schon für 2025-2027 ausschreibe, was einen hohen Aufschlag für die Zukunft im Preis bedeute. Andere Mechanismen wären für die Kommunen besser.

Stadträtin Groesser meint, es wäre besser, man bräuchte überhaupt kein Gas.

Herr Seidel erklärt, wenn man den Primärbedarf um 50% senke, würde bei gleichen Preisen ein Volumen vorliegen, das man selbst in einer nationalen Ausschreibung beschaffen könnte.

Stadtrat Fritsch sagt, man müsse aber auch hoffen, die 10% Biogas dann geliefert zu bekommen.

Der Bürgermeister bestätigt, dass der Anteil auch bei 0 oder 100% liegen könne.

Herr Seidel sagt, dass das Zertifikat prüfbar sei, jedoch die 10% bilanziell nicht technisch zu sehen seien.

5.3: Beschluss:

Die Verwaltung wird einstimmig beauftragt, sich an der Bündelausschreibung Gas 2025-2027 der Gt-Service GmbH des Gemeindetages Baden-Württemberg zu

beteiligen. Für alle Abnahmestellen soll die Belieferung mit einem Anteil von 10 % Biogas erfolgen.

6: **Smart Cities Projekt „FREIRÄUME“ – Beschaffung von Mobiliar, Türschließsystem, Buchungsportal in der Interimszeit**

6.1: **Sachvortrag:**

Die Vorlage des FB 1 Hauptverwaltung ist dem Original-Protokoll als Anlage beigefügt.

Der Bürgermeister erläutert die Vorlage und informiert, dass die Villa Menzer aktuell ohne Möbel zur Verfügung stehe, Trauungen seien immer möglich gewesen. Das Buchungsportal werde zeitnah freigeschaltet.

6.2: **Beratung:**

Stadträtin Schlüchtermann spricht für die Fraktion der Grünen. Man finde es wunderbar und gut, dass die Pause nun endlich vorbei sei. Allerdings bemängle man die geringe Transparenz. Wer sei die neue Mitarbeiterin? Es sei dringend mehr Öffentlichkeitsarbeit von Nöten.

Der Bürgermeister informiert, dass die neue Mitarbeiterin, Frau Lena Hinz, seit dem 8. Januar für die Stadt tätig sei. Sie habe tolle Ideen, in den nächsten Wochen gehe es richtig los, und sie werde auch über die Presse noch vorgestellt.

Stadtrat La Licata begrüßt die Entwicklung sehr. Die städtische Immobilie sei nun einer sehr guten Nutzung zugeführt worden, er werde dem Beschlussvorschlag zustimmen.

Stadtrat Bernauer spricht für die CDU. Man tue sich sehr schwer mit dem Beschlussvorschlag, der Haushalt sei noch nicht verabschiedet. Vor vier Monaten habe man über den Sachverhalt beraten, jetzt wären 100.000 € notwendig. Man hätte sich eine Auflistung, was genau beschafft werden soll, gewünscht. Die CDU werde den Beschlussvorschlag ablehnen.

Stadtrat Rehberger widerspricht dem Statement. Im September hätte man sich mit großer Mehrheit dafür ausgesprochen, die Villa Menzer voranzutreiben.

Der Bürgermeister erläutert, dass es sich bei den 100.000 € um einen Vorschuss handle. Der Betrag sei im Haushalt 2024 eingeplant. Man benötige Büromöbel, um ins Coworking kommen zu können, das Vergabeverfahren müsse eingeleitet werden. Vor Ende März sei aber nicht mit einer Genehmigung des Haushaltes zu rechnen.

Stadtrat Schmitz findet es bedauerlich, dass man die Möbel von „comoon“ wegen des Vergaberechts nicht habe übernehmen können.

Stadtrat Bernauer erklärt, die CDU habe ein Problem, weil man nicht wisse, wofür die 100.000 € ausgegeben werden sollen. Die Durchsichtigkeit des Beschlusses sei mangelhaft.

Stadtrat Fritsch hinterfragt, ob man wirklich so viel Geld für Möbel investieren müsse. In der Walkmühle ständen noch Möbel, die man nutzen könne. Er könne nicht zustimmen.

6.3: **Beschluss:**

Der Gemeinderat bekräftigt seine Auffassung, dass Ausschreibung und Anschaffung des Mobiliars, eines Systems für die Türöffnung und für die digitale Buchung für die multifunktionalen Räume sowie weiterer für die Nutzung der Villa Menzer unerlässlicher Materialien für die erfolgreiche Projektfortsetzung unabdingbar sind und beschließt bei fünf Gegenstimmen und einer Enthaltung, dass die Stadtverwaltung daher bereits in der Interimszeit tätig werden und die hierfür benötigten finanziellen Mittel in Höhe von ca. 100.000 € aufwenden kann.

7: **Vorberatung der Sitzung AZV HD am 31.01.2024**7.1: **Sachvortrag:**

Die Vorlage des FB 1 – Öffentlichkeitsarbeit/Gremien „Vorberatung der 159. Sitzung der Verbandsversammlung des Abwasserzweckverbandes Heidelberg am 31. Januar 2024 um 15.00 Uhr (Sitzungsaal Klärwerk Nord)“ ist dem Original-Protokoll als Anlage beigelegt.

7.2: **Beratung:**

Es gab keine Wortmeldungen.

7.3: **Beschluss:**

Der Gemeinderat der Stadt Neckargemünd beschließt einstimmig folgendes Abstimmungsverhalten der Stadt Neckargemünd in der 159. Verbandsversammlung des Abwasserzweckverbandes Heidelberg am 31.01.2024, 15 Uhr, im Klärwerk Nord:

TOP	Beratungsgegenstand	Zustimmung/Ablehnung	
A.1	Verpflichtung neuer Mitglieder	Kenntnisnahme	
A.2	Verbandssatzung des Abwasserzweckverbandes Heidelberg - Satzungsänderung	x	
A.3	Information über die Prolongation eines Investitionskredits	x	
A.4	Haushaltssatzung 2024	x	
A.5	Vorratsbeschluss über die Neuaufnahme von Krediten im Jahr 2024	x	
A.6	Verschiedenes		

8: **Mitteilungen und Anfragen**8.1: **Zustimmung zur „Trierer Erklärung des Deutschen Städtetages“**

Der Bürgermeister verweist auf seine E-Mail an die Stadträte vom heutigen Tag und die ausgelegte Vorlage. Das Aufstehen gegen Rechtsextremismus sei wichtig. Stadtrat Schimpf habe ihn dieser Tage hierzu kontaktiert und angeregt, eine Erklärung analog des Wiesenbacher Gemeinderates zu verabschieden. Er selbst habe parallel bereits

die Trierer Erklärung des Hauptausschusses des Deutschen Städtetages ins Auge gefasst gehabt. Für das anwesende Publikum verliest der Bürgermeister die Erklärung wie folgt:

„Das jüngst bekannt gewordene Treffen von AfD-Funktionären mit Mitgliedern der Identitären Bewegung und die dort diskutierte Deportation von Millionen Menschen aus Deutschland hat uns alle schockiert. Wir nehmen es nicht hin, dass rechtsextreme Kräfte eine Atmosphäre der Verunsicherung, der Angst und des Hasses in unserem Land und in unseren Städten schüren.

In unseren Städten leben Menschen unterschiedlicher Herkunft zusammen – als Nachbarinnen und Nachbarn, als Kolleginnen und Kollegen, als Freundinnen und Freunde, als Familie. Das ist die Lebensrealität in unseren Stadtgesellschaften. Das macht unsere Städte aus. Unsere Städte gehören allen Menschen, die hier leben. Wir akzeptieren nicht, dass Bürgerinnen und Bürger, dass Familien, dass sogar Kinder in unseren Städten Angst davor haben müssen, von hier vertrieben zu werden.

Unterschiedliche Meinungen, unterschiedliche Bewertungen politischer Themen, auch unterschiedliche Positionen zur Migrations- und Asylpolitik sind Teil unserer Demokratie. Demokratie braucht Auseinandersetzung, Demokratinnen und Demokraten müssen auch Streit aushalten und Widerspruch akzeptieren. Was wir nicht akzeptieren, ist, wenn der Kern unserer Verfassung und die Basis unseres Zusammenlebens angegriffen wird: die Würde des Menschen.

Menschenwürde, Demokratie und Rechtsstaat müssen immer wieder neu verteidigt werden. Eine wehrhafte Demokratie lebt von einer aktiven und wachen Zivilgesellschaft vor Ort. Das haben Zehntausende Menschen in den vergangenen Tagen in unseren Städten deutlich gemacht. Die Menschen, die aktuell gemeinsam auf die Straßen gehen, um Farbe zu bekennen für Demokratie und Menschenwürde, senden ein klares Signal der Solidarität – und gegen die Spaltung unserer Stadtgesellschaften.“

Stadtrat Schmitz hinterfragt die Formulierung „Stadt“. Könne man nicht eine andere Formulierung wählen?

Der Bürgermeister entgegnet, dass man eine Stadt sei. Vom Gemeindetag sei leider noch nichts gekommen und man solle jetzt aber zeitnah ein Zeichen setzen.

In der anschließenden Abstimmung erklärt der Gemeinderat der Stadt Neckargemünd einstimmig seine inhaltliche Zustimmung zum Text der „Trierer Erklärung“ des Deutschen Städtetages.

8.2: **Sachstand Villa Kiwi**

Stadträtin Schlüchtermann fragt nach der ehemaligen Kinder- und Jugendwerkstatt in der Villa Kiwi. Was sei daraus und aus den Brennöfen geworden?

Der Bürgermeister informiert, dass man für Betreiben der Brennöfen eine spezielle Genehmigung benötige. Womöglich ständen diese noch dort.

Herr Seidel sagt, dass es auch im Schulzentrum Brennöfen gäbe. Wenn die Schule zustimme, könnten diese eventuell genutzt werden.

Der Bürgermeister gibt zu bedenken, dass Brennöfen nicht unproblematisch seien.

Frau Polte bestätigt, dass man in Kontakt stehe, die Kinder- und Jugendwerkstatt sei momentan in anderen Räumlichkeiten.

8.3: **Museum**

Stadträtin Schlüchtermann bittet darum, dass Frau Dr. Hettinger in der März-Sitzung ihre Ideen vorstellen möge.

8.4: **Fußweg in Kleingemünd Seniorenresidenz – REWE-Markt**

Stadtrat La Licata möchte wissen, wer hier zuständig sei.

Der Bürgermeister bestätigt, dass man den Sachverhalt bei der Haushaltsklausurtagung besprochen und Gelder im Haushalt 2024 eingestellt habe. Sobald der Haushalt genehmigt sei, könne die Sache angegangen werden.

8.5: **Kümmelbacher Hof**

Stadtrat Fritsch informiert, dass dort jetzt keine Wildschweine mehr seien, allerdings sei die Polizei wieder dort gewesen, die Radfahrer, es könne so nicht weitergehen.

Der Bürgermeister bestätigt, dass er in Kontakt sei. Vor fünf, sechs Jahren sei es unmöglich gewesen, einen Gesprächspartner zu finden, nun gäbe es zumindest alle zwei Monate Telefontermine. Man müsse überlegen, was generell gemacht werden könne. Die Zuwegung könne nur mit dem Eigentümer gemacht werden. Bedauerlicherweise stehe das Gebäude seit 1999 leer.

8.6: **Sitzungseffizienz**

Stadträtin Striegel lobt ihre Kolleginnen und Kollegen für die heutige Sitzungseffizienz. Aber auch bei der Bürgerfragestunde möge man versuchen, effizienter zu werden.

Der Bürgermeister sagt, es falle ihm schwer, die Fragesteller zu bremsen bzw. zu unterbrechen.

Stadträtin Linier gibt zu bedenken, dass es eine Bürgerfragestunde sei, aber keine Fragen gestellt würden. Die Bürgerinnen und Bürger mögen doch ihre Anliegen direkt an den Bauhof melden.

Der Bürgermeister bittet in diesem Zusammenhang das Gremium und auch die Presse darum, die Adresse stadtverwaltung@neckargemuend.de als „Hilfekontakt“ für die Bürgerinnen und Bürger weiterzugeben. Hier könnten die Anfragen sortiert und an den richtigen Ansprechpartner weitergeleitet werden. Auch er bedankt sich beim Gremium und den Zuhörern für die Disziplin.

Der Bürgermeister

Die Urkundspersonen
Stadträtin Oppelt

Die Schriftführerin

Stadtrat La Licata